

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 170 (2004)
Heft: 5

Artikel: Spardruck führt zu Stellenabbau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-69210>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rüstungspolitik als Dauerprozess

Die Bundesfinanzen sind unter Druck, Auftrag und Grösse der Armee verändern sich, die Industrie wandelt sich regional und global: Vor diesem Hintergrund muss die Rüstungspolitik laufend überprüft und bei Bedarf neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Johann N. Schneider-Ammann

Seit dem Ende des Kalten Krieges werden die Armeen weltweit kleiner. Doch von Abrüstung ist heute kaum mehr die Rede. Die Umwandlung in kleinere, aber mit modernsten Waffentechnologien ausgestattete Streitkräfte ist vielerorts mit zusätzlichem Bedarf an finanziellen Mitteln voll im Gang. Zugleich hat sich die Rüstungsproduktion weltweit neu strukturiert und auf immer weniger globale Player konzentriert.

Der Wandel hat vor unseren Landesgrenzen nicht Halt gemacht. Unsere Armee ist soeben massiv verkleinert worden. Die Ansprüche gegenüber dieser Armee nehmen dennoch zu und verlangen dementsprechend in Zukunft erhebliche finanzielle Mittel. Doch Geld hat der Bund immer weniger. Der Kampf um die verbliebenen Mittel ist voll entbrannt; um so mehr zwingt uns dies, wirtschaftliche Lösungen zu finden. Der finanzielle Druck und ge-

setzliche Vorgaben verlangen Wettbewerb statt Strukturerhaltung – auch in der Beschaffung von Waffensystemen und Material für die Schweizer Armee. Doch der Staat muss trotz berechtigtem Ruf nach Wettbewerb aus sicherheitspolitischen Gründen auch ein gewisses Interesse an einem rüstungstechnischen Know-how-Erhalt im eigenen Land haben.

Leitplanken des Bundesrates

Es ist nicht einfach, angesichts der teils widersprüchlichen Forderungen und Anforderungen in der Rüstungspolitik, den richtigen Weg zu beschreiten. Erst recht fällt es schwer, wenn sich das Terrain, durch das der Weg führt, immer wieder verändert. Eine zentrale Wegmarke für die materielle Ausrüstung der Armee sind die rüstungspolitischen Grundsätze des Bundesrates.

Diese Grundsätze sind ein wichtiges Instrument zur Planung und Koordination der staatlichen Rüstungstätigkeit. Sie haben wesentlich zu einer Versachlichung der Diskussion zwischen Armee, Verwaltung und Industrie beigetragen. Auf Anfang 2003 hat der Bundesrat die Grundsätze im Rahmen einer Revision den neuen Gegebenheiten angepasst. Dabei wurden der Armee reform sowie dem veränderten nationalen und internationalen Umfeld Rechnung getragen. Die Rüstungspolitik basiert dabei auf mehreren Eckpfeilern.

■ Sie ist primär auf **Wirtschaftlichkeit** ausgerichtet. Alle Aktivitäten richten sich nach dem Grundsatz des Wettbewerbs und beachten die Vorgaben des öffentlichen Beschaffungswesens: Kosten-Nutzen-Überlegungen sind ab Beginn des Planungs- und Evaluationsverfahrens einzubringen und materialwirtschaftliche Prozesse konsequent zu optimieren.

■ Einen weiteren Eckpfeiler bilden die **internationalen Kooperationen**. Einmal soll die Ausrüstung der Armee mit Nachbar- und Partnerstaaten kompatibel sein. Ferner erhofft man sich von der Kooperation Kosteneinsparungen. Zudem erhalten die Beschaffungsstellen die Kompetenzen, bereits ab der Planungsphase an mehrjährigen internationalen Entwicklungs- und Beschaffungsprojekten teilzunehmen.

■ Die **schweizerische Industriebasis** im Wehrbereich ist von sicherheitspolitischer Bedeutung und somit ein weiterer wichtiger Eckpfeiler der Rüstungspolitik. Sie gewährleistet, dass für die Armee wesentliche Leistungen weiterhin im eigenen

Land erbracht werden können. Sie muss sich jedoch laufend dem Wandel der geforderten Kernfähigkeiten und Technologiefelder anpassen. Von der Industrie wird ein aktives Engagement erwartet, einschliesslich Kosten und Risiken.

■ Ein weiterer wichtiger Baustein der neuen Rüstungspolitik ist die **Wertschöpfungspartnerschaft** zwischen Armee und Wirtschaft. Es ist die erklärte Absicht aller beteiligten Partner, diesen Baustein in Zukunft auszubauen. Was bedeutet dies in der Praxis?

Unter Wertschöpfungspartnerschaft wird in erster Linie der interessen- und kostenoptimierte Einbezug der Schweizer Industrie bei der Instandhaltung und Materialwirtschaft verstanden. Aber auch die Logistik, Finanzierung (Leasing/Miete statt Kauf) oder die gemeinsame Nutzung (z. B. Simulatoren) können Objekte einer Wertschöpfungspartnerschaft darstellen. Der Einbezug der Industrie hat auf der Basis von Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb zu erfolgen.

Chancen nutzen

Mit der neuen Armee und der erneuerten Rüstungspolitik ergeben sich Möglichkeiten für eine weitere Öffnung. Es ist für die Zukunft von grosser Bedeutung, dass diese Möglichkeiten auch tatsächlich genutzt und damit den wechselnden Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Dabei gilt es selbstverständlich, eine Reihe von Fragen zu klären. Kann die Privatwirtschaft eine bestimmte Leistung kostengünstiger erbringen? Ist die bessere Wirtschaftlichkeit über die ganze Lebensdauer gegeben? Ist die Leistung auch in Krisensituationen sichergestellt?

Im Zentrum der Wertschöpfungspartnerschaft steht ein militärisches Bedürfnis, das auf wirtschaftliche Art zu erfüllen ist. Die Armee soll sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Pilotprojekte

Das VBS steht einer Wertschöpfungspartnerschaft Armee/Wirtschaft positiv gegenüber. Ziel ist, nach Abklärung der offenen Fragen, mehrere Pilotprojekte zu starten. Ich zähle fest darauf, dass die Wehrtechnologie-Industrie und das Gewerbe die Pläne mit innovativen und konstruktiven Lösungen tatkräftig unterstützen werden.

Der Wandel als Konstante

Die Rahmenbedingungen der staatlichen Rüstungsbeschaffung haben sich in

Spardruck führt zu Stellenabbau

In den Jahren 1998 bis 2007 ergeben sich gegenüber der ursprünglichen Planung Reduktionen von 2,7 Milliarden Franken, wobei das Entlastungsprogramm 2004 noch nicht berücksichtigt ist. Für den Start der Armee XXI war mit einem Budget von 4,3 Mrd. gerechnet worden; mittlerweile ist die 4-Mrd.-Grenze unterschritten. Dieser Finanzdruck zwingt gemäss VBS zu einem beschleunigten Abbau. Betriebsausgaben müssen reduziert, Bauten, Waffen, Geräte und Material liquidiert und bis 2010 rund 2500 Stellen abgebaut werden. Ein wesentlicher Anteil der Betriebskosten wird in der Logistikbasis der Armee (LBA) generiert, die deshalb in den nächsten Jahren besonders intensiv sparen muss. Eine Reduktion des Budgets von 30 bis 40 Prozent und damit jährliche Einsparungen von rund 200 Millionen Franken sollen erreicht werden. Die Strategie der LBA sieht eine massive Reduktion der Logistikinfrastruktur vor. Die heute 30 Stammbetriebe der Schweiz mit total über 600 Lagerhäusern sollen auf drei bis fünf Logistikcenter und zwei bis drei Fahrzeugcenter reduziert werden. Genaue Standorte sind noch nicht definiert. Die Umsetzung soll konzentriert in den nächsten fünf Jahren bis spätestens 2010 erfolgen. dk